

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 340 Millionen Mark für November ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 7 Millionen Mark, Porto extra.

61. Jahrgang

Leipzig, den 15. November 1923

Nummer 101

Wegen der unklaren Situation ist diese Nummer um einen Tag hinausgeschoben worden. Am Sonnabend, dem 17. November, erscheint dafür keine Nummer. Die nächste Ausgabe erfolgt des allgemeinen deutschen Bußtags wegen bereits am Dienstag, dem 20. November.

Neufestsetzung des Verbandsbeitrags

Der am 17. November 1923 fällige Beitrag beträgt für Vollmitglieder 100 Milliarden Mark,

für Gewerkschaftsmitglieder (Mitglieder, die auf Kranken- und Invalident Unterstützung keinen Anspruch haben) 75 Milliarden Mark, für Invalidentassenmitglieder (§ 6 a der Satzungen) 25 Milliarden Mark, für die

Lehrlingsabteilung 2 Milliarden Mark.

Außerdem werden erhoben

20 Milliarden Mark Extrabeitrag von jedem Vollbeschäftigten. Als Vollbeschäftigte gelten alle Mitglieder, die über 40 Stunden in der Woche arbeiten oder die als Kurzarbeiter, sei es durch Höherentlohnung, durch Berechnen, durch Schicht- oder sonstige tarifliche Zuschläge oder durch Überstunden, mindestens das tarifliche Handlohnminimum verdienen.

Zu diesen Beitragsföken kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Das Eintrittsgeld beträgt für Neueintretende (§ 3 Absatz 1 der Satzungen) 50 Milliarden Mark, für Wiedereintretende (§ 3 Absatz 2 der Satzungen) 100 Milliarden Mark.

Über die vom 18. November an geltenden Unterstützungsföke erfolgt besondere Bekanntmachung.

Berlin, den 11. November 1923. Der Verbandsvorstand

Zur schwebenden Lohnfrage

Weil der in voriger Nummer veröffentlichte Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums in keiner Weise den unbedingten Lebensnotwendigkeiten entspricht, wurde er nach eingehender Beratung von der gesamten Arbeitervertretung im Buchdruckgewerbe abgelehnt. Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat nur den ersten Teil des Schiedspruchs, der die Löhne für die vergangene Woche festsetzte, angenommen, den zweiten jedoch, über den Goldlohn der Woche vom 10. bis 16. November, abgelehnt.

Infolge des am 12. November in Berlin einsetzenden Buchdruckerstreiks hat inzwischen der Reichsarbeitsminister von Amts wegen den ganzen Schiedspruch für Berlin verbindlich erklärt, ohne jedoch dadurch den Streik in Berlin irgendwie beeinflussen zu können. Auch die Einriffe des Oberbefehlshabers, der nach seiner Art glaubte, den Streik einfach verbieten, durch Versammlungsverbote, Androhung schwerer Strafen usw. den Streik einfach gegenstandslos machen zu können, hat die Lage nur verschärft, statt gebessert. Weitere Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministeriums sind infolgedessen bisher resultatlos verlaufen; auch entschiedene Proteste des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die verschiedenen behördlichen Maßnahmen sowie

dessen Beteiligung an den einzelnen Vermittlungsaktionen blieben bis jetzt zum größten Teile erfolglos.

Für das übrige Reich ist damit die Lohnfrage für die laufende Woche ebenfalls noch in der Schwebe. Für Donnerstag dieser Woche hat das Reichsarbeitsministerium die beiden Tarifparteien zu einer weiteren Besprechung eingeladen. Ob es zur Verbindlichkeitsklärung auch des zweiten Teiles des Schiedspruchs für das Reich kommen wird, oder ob neue Verhandlungen zu anderen Entscheidungen führen, bleibt abzuwarten. Wir hoffen, in nächster Nummer, die am Dienstag nächster Woche erscheinen wird, endgültig darüber berichten zu können.

Ansichts dieser unklaren Verhältnisse empfiehlt sich, zunächst von allen selbständigen Aktionen abzusehen und eventuelle Weisungen der Organisationsleitungen unbedingt abzuwarten!

In beargwöhnlicher und berechtigter Erbitterung über die durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums ausgesprochene unzulängliche Lohnbemessung für die vergangene Woche und die äußerst niedrige Goldmarkbasis des Lohnes für die laufende Woche ist die Berliner Kollegenschaft schon am letzten Sonnabend einmütig in den Streik getreten. Darauf hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch zunächst nur für Berlin für verbindlich erklärt, da eine Verhandlung hinsichtlich der Durchführung für das ganze Reich noch nicht habe stattfinden können. In einem gemeinsamen Aufruf der am Streik beteiligten Berliner graphischen Organisationen an die Arbeiterschaft Groß-Berlins wurde mitgeteilt, daß beide Teile des letzten Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums von der Funktionärerversammlung der Berliner Kollegenschaft einstimmig abgelehnt und infolgedessen der Streik einmütig beschlossen wurde. Erscheinen sollte nur die Arbeiterpresse. Gegen diese aus furchtbaren Not entsprungene Selbsthilfe der Berliner Buchdruckerarbeiter, die nur darin besteht, daß sie sich weigern, noch länger ihre Arbeitskräfte einem Unternehmertum zur Verfügung zu stellen, das unter der Führung berufsfeindlicher Juristen und Syndikat in puncto Lohnrückerei schon seit Jahren an erster Stelle im deutschen Wirtschaftsleben steht, regen sich nur auf allen Seiten Widerstände. Der militärische Oberbefehlshaber hat insbesondere den Streik in den Notendruckereten verboten, ebenso ließ er eine Versammlung der Funktionäre der Berliner graphischen Organisationen vollständig auflösen. Auf entschiedenen Protest der Organisationsleitungen der graphischen Verbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden dann aber doch Versammlungen, wenn auch nur zur Berichterstattung durch die Funktionäre, zugelassen. Infolge aufreizender Maßnahmen der Berliner Prinzipal-leitung, wie Ausperrungsandrohung, Skandalöse Irreführung der Öffentlichkeit durch wahrheitswidrige Anschläge an den Plakatstulen usw., ist die Entschlossenheit der Berliner Kollegenschaft zur Fortführung des Kampfes verstärkt worden, so daß bis zur Drucklegung dieser Nummer das gesamte Berliner Buchdruckgewerbe, die gesamte bürgerliche Presse sowie die Reichsdruckeret stillgelegt sind.

Verschärft und verbittert wurde die Lage noch dadurch, daß sowohl von amtlichen Stellen wie auch von allen dem Unternehmertum nahestehenden Kreisen die unwahre Behauptung aufgestellt wurde, der Streik der Berliner Buchdrucker sei an den gegenwärtigen Zahlungsschwierigkeiten schuld. Durch diese Behauptung will man Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft tragen und die öffentliche Meinung gegen die Buchdrucker aufheben. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge so, daß in der Frage der Beschaffung der öffentlichen oder staatlichen Zahlungsmittel ein sträflicher Bürokratismus und eine unverantwortliche Hilflosigkeit im Reichsfinanzministerium wie in der Reichsbankleitung bestanden haben, die jede zeitgemäße Versorgung der Wirtschaft mit ausreichenden Zahlungsmitteln selbst gegen die beste Deckung bis vor kurzem verzögert haben. Während auf der einen Seite die ganze deutsche Wirtschaft bis in die kleinsten Kanäle nach Zahlungsmitteln wie ein Verschwämmer in der Wüste dürrte, wurde den Buchdruckern, die diese Zahlungsmittel herstellen, gekündigt, und sie wurden aufs Pflaster geworfen, weil angeblich der Banknotendruck zu einer Zeit geschicht, wo die nach Gold- oder Rentenmark erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel noch nicht in den Zahlungsverkehr eingedrungen sind, kommt einer direkten Sabotage der

Umstellung der Währung auf Goldmarkbasis gleich. Charakteristisch für die Unfähigkeit der verantwortlichen Personen auf dem Gebiete der Beschaffung staatlicher Zahlungsmittel ist z. B. die Tatsache, daß vor kurzem erst ganze Balleen von neu gedrucktem, ungeschnittenem Papiergeld eingestampft wurden, weil der Banknotendruck eingestellt werden soll! Aber ganz abgesehen von diesen skandalösen Vorgängen in der Papiergeldherstellung, ist es einfach nicht wahr, daß gegenwärtig ein Mangel an Zahlungsmitteln besteht. Denn von der Reichsbank sind in den letzten Tagen trotz Buchdruckerstreik den Banken im ganzen Deutschen Reich so erhebliche Mengen von Zahlungsmitteln ausgestellt worden, daß die Säge für tägliches Geld ganz erheblich herabgesetzt werden mußten, um die vorhandenen Zahlungsmittel überhaupt in den Verkehr zu bringen. Und soweit die sogenannten wertbeständigen Geldscheine in Frage kommen, steht deren Bedarf in gar keinem Verhältnis zu den Mengen an Papiergeld, die bisher erforderlich waren. Einige wenige Druckerien wären in der Lage gewesen, den Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln in drei bis vier Tagen mehr als zu decken, wenn nicht unter dem Schutze von St. Bureaukratismus noch schlimmere Helliger hinter den Kulissen der Kautschukfabrikation an Werke wären, um die Währungsreform mit allen Mitteln zu hintertreiben. Für solche Subjekte bildet nun der Berliner Buchdruckerstreik einen willkommenen Popanz, um ihre eigenen Sünden gegenüber dem deutschen Volke zu verschleiern. Dafür nun die Buchdrucker verantwortlich zu machen, ist ein Stilk aus dem Tollhaus. Denn die Ursachen dieser Mißwirtschaft sind in ganz anderen Kreisen zu suchen, die Buchdrucker, die unter diesem Elend infolge ihrer niedrigen Entlohnung am meisten zu leiden haben, sind daran ganz unschuldig. Man gebe den Buchdruckern einen der Markentwertung entsprechenden Lohn, der sie instand setzt, ihr Leben nicht schlechter fristen als der größte Teil der übrigen Arbeiterklasse, dann werden sie auch dementsprechend arbeiten können und nicht streiken.

Denn gerade die Buchdrucker können mit Recht für sich in Anspruch nehmen, daß sie weit seltener als andere Kreise mit der Waffe des Streiks ihre Interessen zu wahren suchen. Wohl in keinem Berufe und bei keiner Organisation ist der tarifliche Vertragsgedanke so stark verwurzelt wie bei den Buchdruckern. Und das ist das Tragische der deutschen Buchdrucker, die als Pioniere der Gewerkschaftsbewegung und des gewerblichen Tarifgedankens eine weit über Deutschlands Grenzen hinaus vorbildliche historische Labition haben, daß sie schon seit längerer Zeit unter einer aufreizenden Ausbeutung ihrer gewerkschaftlichen und tariflichen Disziplin durch ein rücksichtsloses Unternehmertum zu leiden haben. Es würde zu weit führen, wollten wir die Ursachen dieser Entwicklung im einzelnen auseinandersetzen. Sie sind nicht allein in dem Absturz der gesamten deutschen Volkswirtschaft durch den Weltkrieg und seine Folgen zu suchen, sondern in den privatkapitalistischen Konzentrationstendenzen überhaupt, die insbesondere durch Kauf und Beherrschung der öffentlichen Meinung in Politik und Wirtschaft durch die Presse die Buchdrucker in eine weit ungünstigere Position gedrängt haben als jede andere Erwerbsgruppe. Nur dadurch ist es zu erklären, daß es möglich ist, daß die Unternehmer des deutschen Buchdruckgewerbes ihre Preise bis heute auf das 330-milliardensache der Friedenspreise steigern konnten, während der Lohn der Buchdrucker noch nicht einmal ein Drittel dieser Steigerung (gegenwärtig das 102-milliardensache) erfahren hat. Der Preistarif des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat mit seiner gegenwärtigen Schlüsselzahl den Goldmarkkurs um 66 2/3 Proz. überstiegen, in gleicher Weise auch die Friedenspreise des Buchdruckgewerbes. Dagegen blieb der Buchdruckerlohn mit 3,600 Billionen Mark in der vergangenen Woche oder 23,3 Goldmark in der Spitze um 33 Proz. unter dem Friedenslohn zurück. In Wirklichkeit ist der Rückstand gegenüber dem Friedenslohn noch viel größer; denn 99 Proz. aller Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens stehen heute durchschnittlich um 200 bis 300 Proz. über den eigentlichen Friedenspreisen. An den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung gemessen beträgt daher der gegenwärtige Buchdruckerlohn noch nicht einmal die Hälfte des Friedenslohnes. Da ist es denn ganz verständlich, daß sich nicht nur der Kollegenschaft in Berlin, sondern im ganzen Reich eine ungeheure Erbitterung bemächtigt hat, die in Arbeitsniederlegungen und sonstigen Selbsthilfaktionen ihren Ausdruck gefunden hat.

Alle diese Verhältnisse und Möglichkeiten sind bei den Verhandlungen der Tariffkommission in den letzten Wochen und insbesondere vor dem Reichsarbeitsministerium von unsern Vertretern in eindringlicher Form zum Ausdruck gekommen. Auf Unternehmerseite fehlte jedoch jedes praktische Verständnis für diese Not. Soweit die harten Tatsachen nicht zu bestreiten waren, begnügten sich die Prinzipalvertreter mit platonischen Erklärungen, die sich offenbar nur darauf stützten, daß die Organisationen der Arbeiterklasse dieser Bankrottopolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins nennenswerten Widerstand nicht entgegenzusetzen könnten. Daß dann aber auch noch das Reichsarbeitsministerium sich nicht zu einer gerechteren Entscheidung entschließen konnte, ist tief bedauerlich. Denn gerade von dieser Stelle hätte man die Einsicht erwarten müssen, daß eine Arbeiterklasse, die mit ihrem Lohn weit unter die Hälfte des Friedensstandes herabgedrückt wird, weder ein größeres Interesse am Gewerbe noch am Staate selbst haben kann. Denn wenn die Vertreter der Reichsregierung, die als größter Auftraggeber des Buchdruckgewerbes dem Unternehmertum dieses Gewerbes die außerordentlich hohen Preise des Druckpreistarifs bezahlt, der Arbeiterklasse des gleichen Gewerbes durch Schiedsgericht Löhne zusprechen, die nicht einmal die Hälfte der Friedenslöhne ausmachen, so bezeugt dies ein Meßstein mit zweifacher Maß, das jedes Vertrauen in die Gerechtigkeit der Reichsregierung untergraben muß.

Wir haben es bisher trotz gegenteiliger Beispiele im Prinzipalvertragslager streng vermieden, den Staatsgedanken mit materiellen Forderungen zu verknüpfen; wenn wir aber nun sehen müssen, wie der Staat die Interessen einiger tausend Prinzipale höher bewertet als die von Hunderttausenden von Arbeitern und ihren Familien, dann erblicken wir darin eine gefährliche Untergrabung des Staatsgedankens, vor der wir im Interesse des gesamten deutschen Volkes ernstlich warnen müssen. Und diese Untergrabung des Staatsgedankens wird auch durch militärische Streikverbote nicht gemildert, sondern nur noch verschärft. Denn erst durch den gewaltsamen Zwang zur Arbeit in sogenannten „lebenswichtigen“ Betrieben wird allen davon Betroffenen in die Gehirne geschämert, daß sie wohl die staatliche Pflicht zur Arbeit haben, um das Leben des Staates zu erhalten, nicht aber auch das Recht für ihre eigene Lebenserhaltung! Kommt dazu noch die Gemühtheit, unter einem solchen Druck für eine Unternehmerruppe zu stehen, deren Vertreter für die wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse teilweise nur sportsmäßige Phrasen übrig haben, dann wird mit solchen Verböten nur eine Saat ausgestreut, die einer jeden Gesundung des Gewerbes für absehbare Zeit hinderlich im Wege stehen wird.

Die Festschließung des dieswöchigen Lohnes auf nur 25 Goldmark müssen wir daher als eine viel zu schwache Brücke für die Einführung der Goldmarkentlohnung im deutschen Buchdruckgewerbe beurteilen. Sie muß mit möglichster Beschleunigung in ein gerechteres Verhältnis zur Preisentwicklung gebracht werden. Denn ohne dies wird auch die Goldmarkrechnung nichts anderes als ein fortgesetzt wachsender Lohnbeitrag gleich dem bisherigen Papiermarkschwindel. Wir wissen uns frei von jeder Illusion in dieser Richtung. Und dennoch glauben wir, von der zunehmenden Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel eine Besserung der bisherigen trostlosen Zustände erwarten zu dürfen. Denn bisher hatten wir ja in puncto Kaufkraftschwächung mit zwei Kampfpfeilen zu kämpfen, und zwar einmal mit der Währungskatastrophe und zum andern mit der Preisinflation. Mit der Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel besteht begründete Aussicht, daß die Schwächung der Kaufkraft von der Währungsseite her in demselben Maße abnimmt, als die wertbeständigen Zahlungsmittel an Masse und Verbreitung zunehmen. Um so dauerlicher ist daher die Tatsache, daß die Reichsregierung glaubt, nur durch Gewaltmaßnahmen die Herstellung der wertbeständigen Zahlungsmittel beschleunigen zu können, ohne den Buchdruckern einen gerechten Lohn aussetzen zu wollen. Man konnte wohl mit Militärgewalt die ganze Welt erobern wollen und ist dennoch oder gerade deshalb von der ganzen Welt besiegt worden. Man wird daher auch mit Gewalt gegen unsre streikenden Kollegen nur erreichen, daß die letzten Reste ihrer Wertschätzung der staatlichen Autorität auch dort noch verloren gehen, wo Pflichtgefühl als Arbeiter und Staatsbürger bisher trotz der niedrigen Entlohnung noch weniger erschüttert waren. Denn immer noch bestand in unsern Reihen ein gewisses Vertrauen und Hoffen auf Gerechtigkeit bei den Reichsbehörden. Und dieses Vertrauen war das Letzte, das die Buchdrucker noch in die Waagschale zu werfen hatten, ehe sie zur Selbsthilfe mit all ihren schweren Folgen für sie wie für andre greifen mußten. Für uns ist die Waffe des Streiks das allerletzte Mittel und daher eine heilige Waffe. Wir spielen nicht mit ihr. Aber wenn so alle friedlichen Wege verfrüht werden wie durch den letzten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums und diese Instanz, der wir Buchdrucker bisher in der Hoffnung auf Gerechtigkeit und soziales Verständnis die Entscheidung auf friedlichem Wege anvertraut hatten, keinen andern Ausweg mehr zu wählen weiß, dann muß das Verhängnis seinen Lauf nehmen!

25 Goldmark!

Bis jetzt hat man versucht, uns mit großen Zahlen zu verwirren. Das haben wir uns gefallen lassen müssen. Von einer Woche zur andern haben wir auf Besserung gehofft, zumal in letzter Zeit, wo die „Goldmark“ aufkaufte. Man sagte sich, mit Einführung derselben haben unsre Vertreter bei den Lohnverhandlungen mit den Prinzipalen leichteres Spiel, da können diese nicht mehr ausweichen und alles ableugnen wie bisher.

Die erste Auflage liegt nun vor uns! Man scheut sich also nicht, mit der Goldmark den alten Schwindel fortzusetzen. Nur gleich von vorn herein den Goldmarklohn recht tief ansetzen!

Wie man nur auf „25“ kommt!? 34,38 M. Spitzenlohn waren es doch vor dem Kriege. Auf dieser Basis konnte doch nur verhandelt werden. Dazu kommt, daß die Goldmark, dem Weltmarktpreis entsprechend, nicht einmal halb soviel wert ist als die Friedensmark, insofern dessen $34,38 \times 2 = 68,76$ M. gerechnet werden muß, statt die 34 M. noch um etwa ein Drittel zu reduzieren, so daß uns ganze 25 M. verbleiben. Eigentlich wollten die Prinzipalunterhändler überhaupt nicht an den Goldmarklohn heran, die Beibehaltung des der Inflation ausgesetzten Papiergeldes war ihnen lieber, obwohl sie selbst schon kräftig in die Goldmarkberechnung hineingestiegen sind. Man muß es unsern Unternehmern lassen: im Lohnrückden wie im Preiswucher sind sie gleich skrupellos. Es ist notwendig, der Öffentlichkeit zu sagen, wie sie (auch mit den Zeitungen und den Insertionsgebühren) in der Goldmarkrechnung überkauert wird, wie aber die Buchdruckerarbeiter mit Goldmarklöhnen betrogen werden sollen. Das andre werden wir den Herren selbst besorgen.

Allgemeine Rundschau

Zum Aufrufe für den „Korrespondent“. Die in der vorigen Nummer ausgemachten Rechnungsbeispiele für die Notwendigkeit einer Hilfsaktion zugunsten des „Korr.“ sind schon wieder über den Haufen geworfen. Die sprunghaften, gar nicht mehr verfolgbaren Erhöhungen der Post haben am 12. November zu einer Nachforderung an unsern Verlag geführt, die uns zunächst ganz rätselhaft erschien, denn hiernach würde von der gesamten Postabonnements unsere Geschäftsstelle für den ganzen Monat November so gut wie nichts erhalten. Leider hat sich nun bei eingehender Rücksprache auf dem Leipziger Zeitungspostamt diese ganz unwahrscheinlich erscheinende Annahme bestätigt. Die an die Post für die Verpackung zu entrichtende Gebühr ist schon am 1. November wesentlich erhöht worden und zum 15. November gar noch um das Dreifache. Da auf der Post auch eine Verordnung die andre jagt, kommt es nicht immer zur ordnungsgemäßen Bekanntgabe auch größerer Veränderungen. Wir haben erst durch die Nachforderung davon erfahren, zahlenmäßig ganz bestimmt war die zweite Erhöhung noch nicht. Wenn Nacherhebungen auch zulässig sind, so kann die Postverwaltung daraufhin doch nicht im Laufe eines Monats solche Sprünge machen in ihren Berechnungen. Die Abonnenten können ja die Nacherhebung verweigern, dann ist dem Zeitungsverleger einfach das Genick gedröckelt. Gegen ein solches Verfahren ist entschieden zu protestieren. Die Behörden peinigen jetzt das Publikum und plagen ihre Beamten, daß es zu Explosionen kommen muß; die eigentlichen Schuldigen thronen aber unnahbar in den hohen Amtsstuben. Da die Verpackungsgebühr für das einzelne Exemplar also 85 Millionen Mark betragen soll und die Abonnementsgebühr 100 000 Mark für das abonnierte Exemplar ausmacht, so erhält die Post 8 227 610 000 000 M. von den durch die Post eingehenden 8 840 000 000 000 Mark Bezugsgebern. Satz, Druck und Papier in ihrem demgegenüber turmhohen Ausmaße (siehe darüber in Nr. 100) würden also völlig ungedeckt bleiben, wenn nicht inzwischen und ohne die geringste Kenntnis von diesem schweren Schlage die Hilfsaktion für den „Korr.“ eingeleitet worden wäre. Schnellste Übersendung des Extrabeitrags an unsre Geschäftsstelle ist also angesichts der noch viel ernsthafter gewordenen Situation dringender notwendig. Die nähere Anweisung darüber ist in Nr. 100 enthalten, genaue Angabe der Postarbeiter- und der Kurzarbeiterzahl muß aber unbedingt erfolgen.

Einführung der Postbezugspreise nach Goldmark. Im „Zeitungsverlag“ (Ausgabe vom 9. November) wird mitteilt, der geschäftsführende Ausschuss der Zeitungsverlegerorganisation sei nach eingehenden Erwägungen zu der Auffassung gelangt, daß für den Monat Dezember die Festsetzung der Postbezugspreise nach Goldmarkberechnung noch nicht erfolgen könne, da währungsrechtliche Gründe der Post die Umstellung des Zeitungsvertriebes auf Goldmarkberechnung zur Zeit noch nicht möglich machen. Auch in dieser Beziehung scheint die Postverwaltung ihren Standpunkt inzwischen wieder geändert zu haben, denn am 14. November erfuhren wir vom Leipziger Zeitungspostamt, für den „Korr.“ werde zum 1. Dezember die Goldmarkberechnung eingeführt. Die Zeitschriften (Zeitungsgroupe 2, wozu auch der „Korr.“ zählt) hätten also damit zu rechnen; ob für die Tagespresse vielleicht doch noch Sinausschiebung bis zum 1. Januar statifindet, muß sich ja schnell aufklären. Da für den Dezember von uns vorchristlichsmäßig bereits Anfang November 30 Pf. als Grundzahl für das nunmehr wieder entfallende Schlüsselssystem angemeldet waren, muß dieser Betrag auch als Goldmarkbezugspreis für Dezember gelten. In nächster Nummer kann erst definitive Bekanntgabe darüber erfolgen. Der Hinweis jetzt erfolgt für den Fall, daß bis dahin die Post schon zur Erhebung des Abonnementspreises für Dezember schreitet.

Wichtig für berechnende Setzer. Zur einfachen Umrechnung der Satzpreise (einschl. Ausgleichs- und Ortszuschlag) in Goldmark schlagen Leipziger Kollegen folgendes Verfahren vor: Der Betrag von 14 300 wird durch den jeweiligen allgemeinen Spitzenlohn in Goldmark geteilt. Das Resultat dieser Rechnung bildet den Divisor für die Teilung des Satzpreises, woraus sich der entsprechende Goldmarkbetrag ergibt. Beispiel 14 300 : 25 = 572; der Preis eines beliebigen Satzquantums (nach den Positionen des Tarifs einschl. Ausgleich und Ortszuschlag) beträgt 17 160 M. Teilt man nun letzteren Betrag durch 572, so erhält man die Zahl 30, und dies ist der Goldmarkbetrag, der für das betreffende Satzquantum in Frage kommt. Erhöht sich nun der allgemeine tarifliche Goldmarklohn, so wird dessen neue Ziffer in 14 300 geteilt und ergibt wiederum den Umrechnungsdivisor für die Satzleistung in Goldmark. Bei einem allgemeinen tariflichen Spitzenlohn von 30 Goldmark ergibt sich z. B. als Divisor die Zahl 476,66 (14 300 : 30 = 476,66) oder als Goldmarkbetrag für die gleiche Satzleistung im ersten Beispiel der Betrag von 36 Goldmark (17 160 : 476,66). Es würden also durch diese Umrechnung in Zukunft die ziegigen Prozentsiffern zur Angleichung der Satzpreise an die Papiermarkbeträge in Fragefall kommen. Denn die hier vorgeschlagene Umrechnung läßt sich ohne jede Veränderung der tariflichen Positionen auf jedes Satzquantum anwenden.

Zu den Zeitungsverboten. Als die neue völkischistische Hochspannung in Bayern mit der Kahr-Diktatur einsetzte und dann die ganze deutsche Republik mit der Verkündung des Ausnahmezustandes unter Gchlerischer Oberleitung eine ungerichtetste Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten erfuhr, indes die Bucherfreiheit nur auf dem Papiere angeduldet wurde, kamen die Zeitungsverbote wieder in Aufnahme. Wenn auch kommunistische Blätter in erster Linie betroffen wurden, sozialdemokratische an zweiter Stelle folgten (Gchler stand auch im Begriff, den „Vorwärts“ zu verbieten), sinea es doch reichum, obgleich in der

noch sehr verschonten rechtsstehenden Presse die Pressefreiheit häufiger zur Pressefreiheit gemacht wird und staatsgefährliche Umtriebe heutzutage in erster Linie von dieser Seite kommen, bis zur Schürung des Bürgerkrieges gehend. Die Buchdrucker stehen ja von altersher auf dem Boden wirklicher Pressefreiheit. Die Parteien ganz rechts und ganz links aber kennen nur die Pressefreiheit, wie sie sie meinen. Wir haben an dieser Stelle in den Nrn. 92 und 93 zu der neuen Periode der Zeitungsverbote folgerweise Stellung genommen. Der Verbandsvorstand ist auch nicht müßig gewesen. Wie schon unter der Ara Bauer-Koste, dal er im Interesse der von den Zeitungsverboten und darüber noch hinausgehend der von den damit gar verbundenen Druckereischließungen betroffenen Personale ernsthafte Vorstellungen gegen derartige Maßnahmen von Wehrkommandos unter Anführung einzelner Beispiele erhoben. Die Druckereipersonale dürften in solcher Wirtschaftsnott nicht noch völlig schuldlos so schweren Schädigungen ausgesetzt werden. Am 10. Oktober erfolgte Vorstellung beim Reichsminister, am 31. Oktober wurde schriftlich nochmals auf Entscheidung gedrungen, nachdem sprachliche Vorstandsvertreter persönlich im Reichswehrkommando vor. Unter dem Datum des 7. November ist dann vom Staatssekretär der Reichsminister Antwort an den Verbandsvorstand ergangen. Der Reichsminister nehme an der durch Betriebsstilllegungen verursachten Notlage eines Teiles des Buchdruckgewerbes lebhaften Anteil. Nach Mitteilung des Reichswehrministeriums würden Verbote von Zeitungen nur in den dringlichsten Fällen und demgemäß nur in geringer Anzahl erlassen. In betreff der Weiterzahlung des bisher bezogenen Arbeitslohnes an die Angeestellten der verbotenen Zeitungen wolle der Verbandsvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium in Verbindung treten, denen Abschriften der Eingabe zugeleitet seien. Nach unserer Meinung ist im ersten Stadium die Zahl der Zeitungsverbote gar nicht gering gewesen, allerdings gehen die in Bayern ja auf ein andres Konto, wie auch neuerdings das unerhörte, vollständige Verbot der Weiterpresse in der „Ordnungszelle“ Bayern durch den größenwahnsinnigen deutschen Dorthy Dr. Kahr, der für den Staatsgerichtshof überreif ist. Sonst ist nach diesem Bescheide zu hoffen, daß es wie früher noch zu einer Entschädigung der geschädigten Personale kommt. Wiedereintritt normaler politischer Verhältnisse ist jedenfalls das beste Vorbeugungsmittel.

Unerwartete Schlüsselzahlberechnung. Mit Wirkung vom 1. November an ist der Deutsche Buchdrucker-Verein zur Goldrechnung übergegangen. Die Berechnung der Schlüsselzahl erfolgt hinfort durch Teilung des amtlichen Berliner Mittelkurses durch 84. Im Falle einer Dollarsenkung bleibt die Schlüsselzahl drei Tage unverändert.

Zerkörung der „Münchener Post“. Wie die Bandalen hausten die Hitler-Banditen in der Nacht vom 8. zum 9. November nach Beendigung der im „Bürgerbräueller“ aufgeführten Harlekinade. Die Schilderung, die das Münchener sozialdemokratische Organ über das skandalöse Vorgehen der Patentreuzer und Stahlhelmeute gibt, läßt erkennen, daß diese mit gerabazu teuflischer Bosheit zu Werke gingen. Das eigentliche Zerkörungswert begann in den Räumen der Geschäftsleitung, wo alles buchstäblich demoliert wurde. Sämtliche Schränke und Schreibtische wurden erbrochen und ihr Inhalt flog zum Fenster hinaus auf die Straße, wo er verbrannt wurde. Die gleiche sinnlose Zerstörung setzte sich in den Redaktionsräumen fort und dann ging es am Seheraal. Mit Gewehrholben wurden Regale und Schränke auseinandergeschlagen. Fußhoch lagen die Lettern auf dem Boden, dazwischen zerschlagene und zerfetzte Kästen. Monatelanger Arbeit wird es bedürfen, um wieder in Ordnung zu kommen. Dann begaben sich die nationalsozialistischen Kaufbolde in den Flachmaschinenaal, um durch Mechaniker die Maschinen unbrauchbar machen zu lassen. Hier machte polizeiliches Einschreiten dem Vandalismus endlich ein Ende. Um welches Geächter es sich bei dem Überfall handelte, geht daraus hervor, daß u. a. sechs Schreibmaschinen, fünf Autoreifen und sämtliches Schreibmaterial gestohlen wurden. Zur Auszahlung bereitliegende Lohngehälter verteilten die „Selben“ untereinander. Trotz des angerichteten Trümmerfeldes wird versucht werden, die Herausgabe der „Münchener Post“ wenigstens notdürftig zu ermöglichen, um die Münchener Arbeiter nicht ohne eigene Informationen zu lassen.

Unhaltbare Zukände. Ein großer Teil namentlich süddeutscher Zeitungsverleger ist dazu übergegangen, für ein Monatsabonnement wertbeständige Zahlung in Form von Getreide zu verlangen. Damit haben sie besonders bei der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung Beifall gefunden. Manche Zeitungsverleger haben, wie uns mitgeteilt wird, bis zu 1000 und mehr derartiger Abonnenten. „Wiele wenige geben ein Viel“. Die Pfunde häufen sich zu Zentnern, und der Wert des Getreides steigt immer höher, zumal deshalb, weil es von den betreffenden Zeitungsverlegern nicht zum Teil zur Lohnzahlung verwendet, sondern an allen möglichen versteckten Orten aufgehoben wird, um wertbeständig zu bleiben. Dagegen müßte behördlicherseits energisch eingeschritten werden, denn wer in der Zeit der aufs höchste gesteigerten Not des Volkes mit Brotgetreide Spekulation treibt, gehört an den Galgen. Wenn das vereinnahmte Getreide nicht wenigstens teilweise als Lohnzahlung benutzt wird, müßte es unbedingt der Beschlagnahme zugunsten der Brotversorgung der Allgemeinheit verfallen.

Vort mit dem Pfundergeld! Man hört nicht selten, daß vom zeitunglesenden Publikum entwertete Papiergeldscheine mit Vorliebe den Zeitungsträgern beim Einfassieren der Abonnementsgehälter aufgebündelt werden. Unter dieser Unsitte haben oft auch die Personale in Zeitungsbetrieben insofern zu leiden, als ihnen ihre Löhne und Gehälter in nahezu entwerteten kleinen Noten gezahlt werden, die sie bei Einkäufen

nirgends los werden, weil sich die Geschäftsinhaber weigern, überhaupt noch Reichsbanknoten unter einer halben Milliarde anzunehmen...

Zur Frage der Einlösung der Papiermark. Bekanntlich hatte das Reichskabinett unter dem Eindruck des letzten starken Marksturzes beschlossen, die Papiermark in eine feste Beziehung zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln...

Annahmeverweigerung der Papiermark kraftlos. Durch eine Verordnung der Reichsregierung wird die Annahme von Papiermark im öffentlichen Verkehr zur Pflicht gemacht...

Weitere Ermäßigung des Steuerabzugs vom Lohn. Die Verhältniszahl, mit der die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfältigen sind...

Erhöhte Postgebühren. Nach den am 12. November in Kraft getretenen neuen Posttarifen kosten Postkarten im Ortsverkehr 2 und im Fernverkehr 5 Milliarden...

Briefkasten

J. v. T. in Hamburg a. S.: Es kommt sehr häufig der Deutsche Buchdrucker in Betracht, den Sie von jedem Funktionär erhalten können...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1194. Postfachnummer: Berlin Nr. 102387 (S. Schweinig).

Adressenveränderung

Bob Reichenhain. Vorstehender: Hans Pfeifenberger, Kirchberg 1.

Versammlungskalender

Berlin. Maschinenweiker-Versammlung Sonntag, den 18. November, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus, Lützenstraße 2.

Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands

Der Kopfbetrag beträgt für November für Stadigane 1 Milliarde, für die übrigen Gane 800 Millionen.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Seite zu Milliarden für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen...

Anzeigen

Annahmefluss: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächsterfolgende Nummer...

Die Buchdruckerbibliothek wird durch den Kalender 1934 sehr wertvoll bereichert.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend

Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, im "Dresdner Kasino", Dresdener Straße 98.

Vereinsversammlung

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Mitteilungen; 3. Tariffragen; 4. Verschiedenes.

Achtung! Der Vereinsbeitrag beträgt 44. und 45. Woche je 20 Millionen Mark. Vom 12. bis 17. November (46. Woche) 100 Millionen Mark.

Inseratenseher - Metteur

auch im Korrektorenfach bewandert, sucht, da schlechte Kondition wegen Arbeltsmangels aufgegeben werden muß, zu sofortiger Stellung.

Junger Seher

24 Jahre alt, ledig, an stilles und selbständiges Arbeiten gewöhnt, am Tagelohn und Wochenlohn bewandert, sucht Stellung...

Junger Seher

(Kleinberg und Stellung gleich gut). 22 Jahre alt, ledig, an kaltes, selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht in Leipzig oder Umgebung sofortige Stellung.

Korrektor - Revisor

seit fünf Jahren als solcher in erstem Hamburger Hause tätig, gewandte, umsichtige Kraft, sucht, da wegen Einschränkung des Betriebs jetzige Kondition aufgegeben werden muß, zu sofortiger Stellung.

Tüchtiger Typographseher

A, B, U-B, vier Jahre Praxis, ein Jahr als Kleinrevisor, gewöhnt auf 12 Zeugnisse, an korrektes Arbeiten gewöhnt, sucht sofortige Stellung.

Junger Drucker

21 Jahre alt, ledig, tüchtig an Tagelohn, Schnellpresse sowie Turbopressen, sucht Stellung.

Monotypsetzer

gelehrter Setzer, achtjährige Praxis, vollkommen selbständiges Arbeitsgewöhnt, sucht auch im- oder Ausland zu verändern.

Mittel-Handers Wörterbuch

Handlungsgute, Teil 1 u. 2, vollständig neu, für 17 Buchmark zu verkaufen.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Mitgliedererversammlung

Dienstag, den 20. November, pünktlich 6 1/2 Uhr nachmittags, im Café des "Gewerkschaftshauses".

Tüchtiger Jurist

gelehrter Mechaniker, als Kleinarbeiter in kl. Manotypenwerkstätte nach einer großen Stadt Südrückreichs gesucht.

Der Schriftsetzer Ernst Trupp

(1906 in Ströbberg) wird gebeten, seine Adresse an Arnold Steiner, Wien V, Castellgasse 26, gelangen zu lassen.

Schweizerdegen

20 Jahre alt, an kaltes Arbeiten gewöhnt, sucht für sofort oder später Stellung.

Hamburg!

Lohnende Vertretungen

sucht Rudolf Grobe, Hamburg 11, Postfachschack 31. [138]

Stichel f. Blei, Holz, Linoleum Verh. d. Bld.-Verb. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 6. November verstarb nach längerem Krankenlager unser lieber Kollege, der Seher Karl Kennert

aus Altona, im Alter von 55 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm das Personal der "Deutschen Börse" Ztg.